

Bonn, 5. Juli 2002

## **Postgesetz: Sieg der postpolitischen Vernunft - Gemeinsamer Einsatz erfolgreich -**

**Gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben der Gesamtbetriebsrat und die Betriebsräte der Deutschen Post AG die Zustimmung zu einer fairen Liberalisierung des deutschen Postmarktes im Rahmen und im Einklang mit der Postdienste-Richtlinie der Europäischen Union erreicht.**

Nachdem bekannt geworden war, dass die Bundesratsmehrheit von CDU/CSU und FDP sich in der entscheidenden Bundesratssitzung am 12. Juli 2002 über die EU-Postdienste-Richtlinie hinwegsetzen wollten und damit den postalischen Universaldienst mit einem flächendeckenden Angebot, den fairen Wettbewerb auf dem Postmarkt und somit auch viele tausend Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG gefährdet hätten, hatte die Beschäftigtenvertretung alle Kräfte mobilisiert, zahlreiche Gespräche mit den Verantwortlichen in der Politik geführt und Aktionen gestartet, um die Politik zu einer vernünftigen Entscheidung zu bewegen.

**Am 4. Juli 2002 hat die CDU in den späten Abendstunden eingelenkt und ver.di schriftlich mitgeteilt, „... dass der Entwurf zur Änderung des Postgesetzes durch die CDU- und CSU-geführten Bundesländer im Bundesrat nicht verhindert werden wird.“**

Damit ist die drohende Gefahr für viele tausend Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG abgewendet, die flächendeckende Postinfrastruktur mit einem qualitativ hochwertigen Filialnetz gesichert und sichergestellt, dass die weitere Öffnung des deutschen Postmarktes im europäischen Gleichklang erfolgen wird.

**Der Gesamtbetriebsrat dankt allen, die den Einsatz für ein faires  
Postgesetz unterstützt haben!**